Antrag

der Abg. Reinhold Pix u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Wirtschaftsministeriums

Parkhaus Feldberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. inwieweit ihr ein genehmigungsfähiger Förderantrag der Gemeinde Feldberg hinsichtlich der Förderung eines lt. Planung mittels Privatinvestor zu erstellenden und dann von der Gemeinde anzumietenden Parkhauses in Feldberg-Ort vorliegt;
2. inwieweit ihr Informationen darüber vorliegen, ob die Baumaßnahme darauf zielt, die bestehende Verkehrsproblematik zu entschärfen, indem bestehende Parkplätze an der Bundesstraße ersetzt werden oder ob die Gemeinde Feldberg durch die geplante Baumaßnahme die Zahl der Parkplätze im Gebiet erhöhen will;
3. ob es zutrifft, dass Wirtschaftsminister Pfister eine Förderzusage gegeben hat, obwohl bislang in allen Voranfragen immer festgestellt wurde, dass eine Förderung innerhalb der bestehenden Förderprogramme nicht möglich ist;
4. welche Fördermöglichkeiten sie über die bestehenden Programme hinaus sieht;
5. inwieweit sie die Vorabprüfung alternativer, auch überregionaler, verkehrslenkender Maßnahmen unter Einbeziehung des öffentlichen Nahverkehrs durch unabhängige Gutachter vor der Befassung mit der Fördermöglichkeit der Baumaßnahme voraussetzt;

6. wie sie die Vereinbarkeit eines Parkhauses mit dem naturschutzrechtlichen Status des Feldberges (u. a. Vogelschutzgebiet) und speziellen Programmen wie dem Auerhuhn-Aktionsplan beurteilt;
7. wie sie im Licht des Klimawandels ein Projekt beurteilt, dessen volle Auslastung nach allen Prognosen nur an wenigen Wintertagen erreicht werden wird;

II.

1. eine Förderung des geplanten Parkhauses nicht zu gewährleisten;
2. die Gemeinde Feldberg und die Region Hochschwarzwald in der Entwicklung und Durchführung eines innovativen Verkehrsleitsystems mit Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs zur zukünftigen Nutzung des Feldberggebiets begleiten.

17. 09. 2009

Pix, Mielich, Sitzmann, Dr. Splett, Sckerl GRÜNE

Begründung

Die Gemeinde Feldberg plant seit langem die Errichtung eines Parkhauses in Feldberg. Praktisch durchgeführt werden soll diese Baumaßnahme durch einen privaten Investor (derzeit Häussler Gruppe Stuttgart). Später soll das Gebäude dann von der Gemeinde angemietet werden, wobei die Miethöhe und Dauer vertraglich festgelegt werden sollen und eine langfristige finanzielle Verpflichtung für die Gemeinde bedeuten wird.

Der Bürgermeister der Gemeinde hat mehrfach in der Presse behauptet, ihm lägen politische Förderzusagen des Landes in Person von Ministerpräsident Oettinger und Wirtschaftsminister Pfister vor (Quelle: Badische Zeitung 15. Juli 2009), wobei dies bei mehreren früheren schriftlichen Anfragen nicht bestätigt werden konnte.

Es besteht zum einen bereits grundsätzlich die Frage, inwieweit eine Fördermöglichkeit in dieser rechtlichen Konstellation besteht, da die parlamentarisch beschlossenen Förderprogramme des Landes eine Förderung bisher aus guten Gründen nicht zulassen.

Es besteht zudem grundsätzlicher Klärungsbedarf, inwieweit ein Bauwerk in einer vom Klimawandel betroffenen Höhenlage, die landschaftlich und in ihrer Fauna und Flora hochsensibel ist, gefördert werden sollte, zumal die Auslastung des Bauwerks nach eigenen Angaben der Gemeinde nur an einigen Tagen im Jahr erreicht werden wird und der Hauptbedarf der Verkehrslenkung im Zusammenhang mit dem alpinen Wintersport am Feldberg steht, dessen Zukunft durch den Klimawandel unsicher ist.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2009 Nr. 53–2521 Feldberg I nimmt das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, dem Innenministerium, dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum und dem Umweltministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. inwieweit ihr ein genehmigungsfähiger Förderantrag der Gemeinde Feldberg hinsichtlich der Förderung eines lt. Planung mittels Privatinvestor zu erstellenden und dann von der Gemeinde anzumietenden Parkhauses in Feldberg-Ort vorliegt;

Es liegt kein genehmigungsfähiger Förderantrag vor.

Dem Wirtschaftsministerium lagen zu den Programmen der städtebaulichen Erneuerung der Jahre 2007 und 2009 Anträge der Gemeinde Feldberg vor, die aber nicht berücksichtigt werden konnten. Beide Anträge der Gemeinde waren unvollständig und daher nicht abschließend prüfungsfähig. Insbesondere fehlten die Darstellung des Mietkauf-Modells und seiner Wirtschaftlichkeit sowie die aufsichtsbehördliche Bescheinigung der Kofinanzierungsfähigkeit der Gemeinde. Unabhängig davon hat das Wirtschaftsministerium inzwischen die Förderfähigkeit – unter Ausschöpfung der Handlungsspielräume zugunsten des Projektes – geprüft und festgestellt, dass die Städtebauförderung auf der Grundlage des besonderen Städtebaurechts (§§ 136 ff. BauGB) als gebietsbezogene Prozessförderung zur Beseitigung städtebaulicher Missstände in baulich vorge nutzten Bestandsgebieten nicht zur Projektfinanzierung von Einzelvorhaben auf der grünen Wiese in Betracht kommt. Das gesetzesakzessorische städtebauliche Förderinstrumentarium kann auch bei großzügigster Auslegung der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben aus Rechtsgründen nicht für die Finanzierung des Feldberg-Parkhauses eingesetzt werden. Auch soll die Städtebauförderung nach dem Willen der Landesregierung noch stärker zur nachhaltigen Innenentwicklung eingesetzt werden; dies wurde in der Ausschreibung der Programme der städtebaulichen Erneuerung 2010 deutlich zum Ausdruck gebracht.

Im Bereich der Tourismusförderung gibt es keinen Förderansatz. Dies wurde im Bezug auf das Tourismusinfrastrukturprogramm bereits im Jahr 2007 abschließend verneint. Hierfür gab es auch keinen Förderantrag. Das neu aufgelegte Förderprogramm „Nachhaltige Tourismusinfrastruktur“ schließt eine Förderung von Parkhäusern ausdrücklich aus.

Dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum liegt ein genehmigungsfähiger Antrag nicht vor. Solange geplant ist, das Vorhaben durch den in der Begründung zum Antrag genannten Investor durchführen zu lassen, kann es auch keinen im ELR genehmigungsfähigen Antrag geben, da die Förderung aus diesem Programm auf Unternehmen mit bis zu 99 Arbeitsplätzen konzentriert wurde. Für die genannte Investorengruppe trifft dieses Kriterium nicht zu.

2. *inwieweit ihr Informationen darüber vorliegen, ob die Baumaßnahme darauf zielt, die bestehende Verkehrsproblematik zu entschärfen, indem bestehende Parkplätze an der Bundesstraße ersetzt werden oder ob die Gemeinde Feldberg durch die geplante Baumaßnahme die Zahl der Parkplätze im Gebiet erhöhen will;*

Das geplante Parkhaus soll die Verkehrssituation entlang der Stichstraße (B 317) zum Feldberger Hof verbessern. Informationen für geplante Rückbaumaßnahmen entlang der Bundesstraße B 317 im Bereich von Feldberg liegen nicht vor.

3. *ob es zutrifft, dass Wirtschaftsminister Pfister eine Förderzusage gegeben hat, obwohl bislang in allen Voranfragen immer festgestellt wurde, dass eine Förderung innerhalb der bestehenden Förderprogramme nicht möglich ist;*

Nein. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. *welche Fördermöglichkeiten sie über die bestehenden Programme hinaus sieht;*

Über Fördermöglichkeiten über bestehende Programme hinaus liegt eine Entscheidung der Landesregierung nicht vor.

5. *inwieweit sie die Vorabprüfung alternativer, auch überregionaler, verkehrlenkender Maßnahmen unter Einbeziehung des öffentlichen Nahverkehrs durch unabhängige Gutachter vor der Befassung mit der Fördermöglichkeit der Baumaßnahme voraussetzt;*

Es ist nicht bekannt, ob die Gemeinde Feldberg als Initiator und künftiger Eigentümer des Parkhauses ein solches Gutachten eingeholt hat.

6. *wie sie die Vereinbarkeit eines Parkhauses mit dem naturschutzrechtlichen Status des Feldberges (u. a. Vogelschutzgebiet) und speziellen Programmen wie dem Auerhuhn-Aktionsplan beurteilt;*

Das geplante Parkhaus liegt in dem nach der Verordnung über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Feldberg“ vom 27. September 1991 ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet. Zweck des Bebauungsplans ist neben der Konzentration des Parkgeschehens auf eine zentrale Anlage insbesondere auch die dauerhafte naturnahe Gestaltung und Nutzung der bisherigen beiden Parkflächen. Im Unterschied zum im Bebauungsplan von 1999 vorgesehenen Flachbau soll der Parkhaus-Rundbau nach der neuen Planung insgesamt weniger Fläche beanspruchen, jedoch im Landschaftsbild durch seine größere Höhe und die von allen Seiten gut sichtbare Fassade auffälliger in Erscheinung treten. Von Seiten der Naturschutzbehörden wurde deswegen gefordert, die Gebäudehöhe gegenüber der ursprünglich vorgestellten Planung weiter zu reduzieren und eine landschaftsverträglichere Außenverkleidung und vollständige Dachbegrünung vorzusehen. Außerdem war die Grünplanung zur landschaftlichen Einbindung noch weiter zu konkretisieren. Diesen Forderungen wurde Rechnung getragen, sodass eine Befreiung von den Vorschriften der Verordnung über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Feldberg“ grundsätzlich in Aussicht gestellt werden kann.

Die Vorhabensfläche liegt außerhalb des Naturschutzgebietes, das gleichzeitig FFH- und Vogelschutzgebiet ist. Bei einem Abstand von mehreren hundert Metern zu seiner Grenze und der Zuordnung zum Hotel Feldberger Hof und zu den Verkehrs- und Serviceflächen des zur Ortslage Feldberg gehörenden Bereichs kann ausgeschlossen werden, dass von dem Projekt erhebliche

Auswirkungen auf die Erhaltungsziele des Natura 2000-Gebietes ausgehen können. Insbesondere sind durch das Parkhaus keine nachteiligen Auswirkungen auf das Auerhuhn zu befürchten, da der Feldberggipfel aufgrund seiner relativ hohen Frequentierung mit Besuchern bereits heute nicht zu den für das Auerhuhn geeigneten Lebensräumen gehört.

Das Vorhaben stellt einen „Eingriff“ im Sinne des § 20 Abs. 1 Naturschutzgesetz dar. Das Grünordnungskonzept sieht eine intensive Durchgrünung des Plangebietes mit Baumreihen, Feldhecken, Wiesenflächen und einem Teich vor. Als Ausgleich für die durch die Bebauungsplanänderung erfolgende intensivere Inanspruchnahme von Natur und Landschaft ist eine Grünfläche um das Parkhaus, die Entwicklung einer Extensiv-Wiese sowie als Ersatzmaßnahme die Aufwertung eines Biberlebensraums bei Mittelfalkau vorgesehen. Bei Berücksichtigung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und der dargestellten Kompensationsmaßnahmen ist das Vorhaben mit dem Naturschutzrecht vereinbar.

7. wie sie im Licht des Klimawandels ein Projekt beurteilt, dessen volle Auslastung nach allen Prognosen nur an wenigen Wintertagen erreicht werden wird;

Der Klimawandel wird auch an der Feldbergregion nicht vorbeigehen. Mittel- und langfristig werden sich die Bedingungen für Ski- und Schneesport im Schwarzwald verschlechtern. Was die Feldbergregion angeht, so wird dort noch am längsten Wintersport möglich sein.

Der Auslastungsgrad des Parkhauses und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen sind Sache der Investoren.

II.

1. eine Förderung des geplanten Parkhauses nicht zu gewährleisten;

2. die Gemeinde Feldberg und die Region Hochschwarzwald in der Entwicklung und Durchführung eines innovativen Verkehrsleitsystems mit Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs zur zukünftigen Nutzung des Feldberggebiets begleiten.

Zu 1. und 2.:

Seitens des Landes würde ein innovatives Verkehrsleitsystem zur zukünftigen Nutzung des Feldberggebietes begrüßt.

Pfister
Wirtschaftsminister